

ENERGIE

EU prüft Bohrungen

Die EU-Kommission überprüft die Pläne von Energiekonzernen, in Deutschland mehr Erdgas zu fördern. Gutachter sollen im kommenden Jahr in Deutschland und in drei anderen EU-Ländern untersuchen, ob die Umweltauflagen für neue Bohrungen angemessen sind. Die Kommission fürchtet, dass eine forcierte Förderung von sogenanntem unkonventionellem Erdgas wie in den USA gravierende Umweltschäden verursacht. Derzeit erkunden die Konzerne, ob sich Erdgas in bisher nicht genutzten Lagerstätten ausbeuten lässt. Um diese Vorkommen zu nutzen, wären deutlich mehr Bohrungen nötig als bei normaler Förderung. Zudem würden große Wassermengen in erheblichem Umfang verschmutzt. Vor allem die Grünen drängen die Bundesregierung dazu, strenge Auflagen zu verfügen. In etlichen Regionen der USA führt die forcierte Förderung zu Umweltschäden. In einem Dokumentarfilm wird gezeigt, wie Gas aus der Wasserleitung eines Privathaushalts austritt und angezündet werden kann.



Erdgasförderung in Sachsen-Anhalt



Löhrmann, Kraft

Glühwein und Visionen

Vorweihnachtliches Chaos im nordrhein-westfälischen Landtag

Weihnachtsmärkte gibt es derzeit genug, auch in Düsseldorf. So scheint unverständlich, weshalb die elf Landtagsabgeordneten der Linken am vergangenen Donnerstag nicht das taten, was einige von ihnen angeregt hatten: Glühwein trinken gehen. Stattdessen verharrten sie im Parlament, als über den Nachtragshaushalt von Rot-Grün abgestimmt wurde. Ewig hatten die Linken zuvor gestritten: Einerseits wollte man nicht dagegenvotieren – das hätte die fragile Minderheitsregierung zu Fall bringen können; andererseits sind den Linken die vorgesehenen sozialen Verheißungen einfach zu mickrig. Was also bleibt? Enthaltung. Genossin Landtagsvizepräsidentin Gunhild Böth leitete die entscheidende Phase der Sitzung. Von dieser Seite drohte also kein Ungemach. Böth selbst schaute dann allerdings recht irritiert in Richtung der Linken: Sechs Linke stimmten nämlich auf einmal mit Ja. „Es kam alles so plötzlich“, klagte eine Abgeordnete; „ein Irrtum“, barmte Fraktionschef Wolfgang Zimmermann.

Und irgendwie war es auch ziemlich laut im Plenarsaal. Wie dem auch sei: Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und ihre grüne Mitstreiterin Sylvia Löhrmann hatten unerwartet eine gemütliche Mehrheit für den Nachtragshaushalt, der allerdings auch ohne die Trotteligkeit der Linken durchgekommen wäre: Bei der CDU

fehlten drei Abgeordnete – zwei entschuldigt wegen Krankheit sowie Ex-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, der wohl keine Lust mehr auf parlamentarischen Kleinkram hat. Er wollte in Rom. Eine ganz wichtige Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung blockierte schon lange seinen Kalender: Es ging um 150 Jahre Italien.

Zum Auftakt der Veranstaltung um 13.30 Uhr wurde ein Imbiss gereicht, knapp fünf Stunden später bekam Rüttgers als 24. Redner für 20 Minuten das Wort. Das Thema: „Einheit: Geschichte – Mythos – Vision“. Kurz danach war Schluss in Rom.

Da hatten sich die Abgeordneten im fernem, kalten Düsseldorf bereits ihren nächsten Coup gegönnt. Diesmal stand

ein Mediengesetz zum Schutz der Jugend auf der Agenda. Die ganze Sache schien längst im Sack, noch als Regierungschef hatte Rüttgers im Juni dem mühsam föderalistisch ausgehandelten Staatsvertrag

zugestimmt. Fehlte nur noch die Entscheidung des Parlaments, damit das Gesetz 2011 in Kraft treten könnte.

Doch nun will die CDU nichts mehr davon wissen, und die FDP, einst ebenfalls dafür, quält auf einmal verfassungsrechtliches Bauchweh. Rot-Grün hat eh Bedenken, und die Linken sind sowieso dagegen. Breiter Ablehnungskonsens der Demokraten im NRW-Landtag also, weshalb das Gesetz nun tot ist. Aber dafür gleich bundesweit.

„Es kam
alles so
plötzlich.“